

Herzlich Willkommen zum Hamburger Ostermarsch 2007. Mein Name ist Carola Kieras, und ich begrüße euch im Namen des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung zu unserer Demonstration unter dem Motto:

- Kriege Beenden!
- Spart endlich an der Rüstung!
- Für eine Friedensstadt Hamburg!

Heute vor genau einem Monat hat der Bundestag eine neue Qualität von Kriegseinsätzen beschlossen. Die Entsendung von Tornados zur Luftaufklärung auch im Süden Afghanistans. Repräsentativen Umfrageergebnissen zufolge war eine glatte Mehrheit von 77% der Befragten gegen diese Pläne der großen Koalition. Bei den Bundestagsabgeordneten waren das leider nur 27%. Wir gratulieren Oberstleutnant Jürgen Rose zu seinem mutigen Schritt, den Dienst für diesen verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr zu verweigern. Wenn es richtig wäre, dass die Bundeswehr unsere Gesellschaft widerspiegelt, dann müssten eigentlich zwischen 30 und 70% der Soldaten ähnlich denken. Wir wünschen Ihnen allen Mut für ihre Gewissensentscheidungen.

Afghanische Flüchtlingsfamilien sollten von Hamburg aus in den Krieg abgeschoben werden. Nach erfolgreichen Protesten, die wir vom Hamburger Forum unterstützt haben, hat der Hamburger Senat die Abschiebung von Familien für ein Jahr vorläufig ausgesetzt. Aber das kann natürlich nicht alles sein! Es ist menschenverachtend, in ein Land gleichzeitig Flüchtlinge und Soldaten zu schicken. Wir fordern ein Bleiberecht für alle Kriegsflüchtlinge!

Man hört und liest in den Medien viel über das Atomprogramm der iranischen Regierung, über Israel-feindliche Äußerungen des derzeitigen Premiers Ahmadinedschad. Und es wird viel über einen möglichen Angriff der US-Regierung spekuliert. Wortüber hier zu wenig berichtet wird, sind die innenpolitischen Realitäten unter dem fundamentalistischen islamischen Regime. Todesurteile, Zensur, die Verfolgung von Gewerkschaftern und vor allem die skandalöse Unfreiheit der iranischen Frauen. Aber: Ein weiterer Krieg um Öl und die Vormacht der USA kann die Situation von Frauen und Gewerkschaftern nicht verbessern. Im Gegenteil! Das beweisen die Zustände im Irak. Die 600.000 Toten, Frauen und Kinder, Aufständische und Zivilisten, die Zerstörung von Infrastruktur, von Versorgung, von Schulen, von Krankenhäusern.

Im Irak und in Afghanistan zeigt sich jeden Tag von neuem, dass militärische Gewalt nur neue Gewalt erzeugt und nichts zur Entwicklung von Menschenrechten, Demokratie und sozialer Sicherheit beiträgt. Krieg ist kein Mittel der Konfliktlösung, sondern Terror, der neuen Terror hervorbringt.

Wie sich die Spirale der Gewalt drehen kann, zeigt sich seit Jahrzehnten im Israel-Palästina-Konflikt. Nur

Verhandlungen können die Gewalt stoppen. Verhandlungen setzen die gegenseitige Anerkennung auf ein Existenzrecht und Gewaltverzicht auf beiden Seiten voraus. Verhandelt werden kann nur mit der freigewählten palästinensischen Regierung, deren weltweiter Boykott muss aufhören. Ziel der Verhandlungen sollte ein Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung und die Räumung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten sein, als Basis für einen zukünftigen palästinensischen Staat. Wir hoffen, dass die aktuell aufgenommenen internationalen Verhandlungen auch das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge berücksichtigen und endlich zum Erfolg führen.

Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie für die viel beschworene *deutsche Verantwortung* ihre einseitige Parteinahme im Sinne der israelischen Politik aufgibt – im Interesse einer friedlichen Zukunft für Israel und Palästina. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit der Friedensbewegung in Israel und Palästina und fordern Verhandlungen und eine atomwaffenfreie Zone im ganzen Nahen Osten.

In der Berliner Erklärung der europäischen Staats- und Regierungschefs steht unter anderem der schöne Satz: „Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden“. Diese Aussage könnte fast ebenso in einem Ostermarschaufruf stehen. Aber diese blumigen Worte über ein friedliches Zusammenleben stehen in krassen Widerspruch zu der Militarisierung der Europäischen Union und dem Verfassungsentwurf. Denn, zu unser aller Entsetzen, hat Kanzlerin Merkel gleichzeitig angekündigt, eine europäische Armee aufstellen zu wollen. Wir lehnen ein Europa des Militärs ab, ebenso eine EU-Verfassung, die das festschreibt.

Kanzlerin Merkel will außerdem den deutschen Rüstungshaushalt erhöhen für mehr Auslandseinsätze und mehr Waffen. Deshalb ist in diesem Jahr die Unterschriftenaktion: *Spart endlich an der Rüstung!* wichtige Kampagne der Friedensbewegung. Wir brauchen keine Eurofighter, Marschflugkörper, Schützenpanzer, Korvetten, unbemannte Flugkörper, Spionagesatelliten, Streubomben. Wir brauchen keine weltweiten Militäreinsätze. Wir brauchen Abrüstung statt Sozialabbau. Vorrangig brauchen wir öffentlich geförderte Arbeitsplätze, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung und Altenpflege. Wir brauchen eine vorausschauende Friedenspolitik, die weltweit auf Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet ist. Und wir brauchen möglichst viele Unterschriften unter diesem Aufruf. Deshalb bitten wir euch: Holt euch hier am Wagen oder von unserem Stand auf dem Großneumarkt Listen. Sprecht mit euren Freunden, Nachbarn und Kolleginnen. Helft mit, Unterschriften unter diese Forderungen zu sammeln. Vielen Dank.